

Oberregierungsrath Dr. Raundorff und Oberfinanzrath Elterich.

Anwesend 76 Kammermitglieder.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich bitte um Vortrag der Registrande.

(Nr. 938.) Antrag zum mündlichen Berichte der Finanzdeputation A über Kapitel 109a und 110 des Staatshaushaltsetats für 1900/01, Dotationen und Reservfonds, sowie über den Entwurf des Finanzgesetzes auf die Jahre 1900 und 1901 betr.

Präsident: Zur Schlußberathung auf eine Tagesordnung.

(Nr. 939.) Antrag zum mündlichen anderweiten Berichte über die auf den Antrag des Vizepräsidenten Dpiß und des Abg. Dr. Schill und Genossen wegen der Besteuerung der Waarenhäuser gefaßten Beschlüsse.

Präsident: Steht zur Schlußberathung auf der heutigen Tagesordnung.

(Nr. 940.) Ständische Schrift auf die Petition des vormaligen Wagenrückers Jariß in Cotta um Erhöhung seiner Rente.

(Nr. 941.) Ständische Schrift auf die Petitionen des Gemeinderathes zu Kemnitz zc. gegen die Einlassung von Fäkalien in den Elbstrom.

Präsident: Die Ständischen Schriften liegen in der Kanzlei aus.

(Nr. 942.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über Tit. 17 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1900/01, Neu- und Erweiterungsbauten bei der Universität Leipzig betr.

(Nr. 943.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über Tit. 18 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats für 1900/01, Neubauten zc. bei der Technischen Hochschule zu Dresden betr.

Präsident: Beide Protokollextrakte zu den Akten zu nehmen.

(Nr. 944.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über das Königl. Dekret Nr. 3, den Entwurf eines allgemeinen Baugesetzes betr.

Präsident: An die Gesetzgebungsdeputation zur anderweiten Berichterstattung.

(Nr. 945.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über die Petition des Gemeinderathes zu Copitz um Aufhebung beziehentlich Aenderung einer Bestimmung des Gesetzes über die Aufbringung des Bedarfses für Kirchen und Schulen.

Präsident: An die Beschwerde- und Petitionsdeputation abzugeben.

(Nr. 946.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über die Petition des Gemeinderathes zu Niederfriedersdorf, eine Wegestreitigkeit betr.

Präsident: Zu den Akten.

Für die heutige Sitzung hat sich der Herr Abg. Reidler entschuldigt.

Wir treten in die Tagesordnung ein: 1. „Schlußberathung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über das Königl. Dekret Nr. 42, den Entwurf eines Gesetzes über Aufnahme einer dreiprozentigen Rentenanleihe betreffend.“ (Drucksache Nr. 321.)

(Vergl. M. II. R. 2. Bd. S. 1688 f.)

Berichterstatter Herr Vizepräsident Georgi. Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Vizepräsident Georgi das Wort.

Berichterstatter Vizepräsident Georgi: Meine Herren! Ich glaube, daß ich wohl von einer Wiedergabe des Gesetzes und seiner Begründung absehen darf, da das Dekret in ihren Händen ist. Die beiden Kammern der Ständeversammlung haben das Bestreben gehabt, den außerordentlichen Etat und damit das Anleihebedürfniß herabzumindern, theils durch Streichung von Postulaten, theils durch Bewilligung von nur ersten Raten. Wie Sie aus dem Dekret ersehen haben werden, sind auf diese Weise bis zum Erlaß des Dekrets etwas über 8 Millionen abgesetzt worden. Bei Berathung des Dekretes hatte nun die Finanzdeputation den Wunsch, daß auch die weiteren Abminderungen zum Ausdruck in der Bemessung der Anleihesumme kommen möchten, da ja sonst ein wesentlicher Zweck der Beschlüsse, namentlich also soweit es sich um die Bewilligung von ersten Raten handelt, nicht erfüllt worden wäre. Es ist deshalb an die Königl. Staatsregierung das Ersuchen gerichtet worden, weiterhin alle diejenigen Streichungen, die beantragt waren, mit in Rücksicht zu ziehen. Die Königl. Staatsregierung hat diesem Wunsche entsprochen und eine Aufstellung an die Finanzdeputation gerichtet, die auf dem Antrag zum mündlichen Bericht mit zum Ausdruck gebracht ist. Sie sehen daraus, daß weitere 15½ Millionen abzusetzen waren, sodaß im Ganzen 23½ Millionen von dem ursprünglichen Anleihebedürfniß, wie es sich nach dem uns vorgelegten außerordentlichen Etat ergeben haben würde, abgemindert worden sind. Die Deputation ist nunmehr in der Lage, zu beantragen, daß in § 1 die Ziffer „128 Millionen“ ersetzt werde durch die Ziffer „110 Millionen“. Ich muß dabei bemerken, meine Herren, daß die hierbei berücksichtigten